

<p align="center">Wer will Krieg in Europa? Ein Faktenvergleich</p>	
<p>USA / NATO-Staaten / Kiewer Regierung</p>	<p>Russland / Volksmilizen der Republik Donezk – Luhansk (Donbass)</p>
<p>1990 Die USA, Frankreich, Großbritannien, sowie Deutschland geben 1990 offiziell das Versprechen, die bestehenden NATO-Grenzen im Osten einzuhalten, nehmen es jedoch nicht in den 2+4-Vertrag auf. Eine entsprechende Beschwerde von Gorbatschow wird mit einem zinsgünstigen Kredit abgewiegelt. (Historisch dokumentiert als das „teuerste Telefonat von Helmut Kohl“.)</p>	<p>Die Sowjetunion zieht ihre Truppen aus Ost-Deutschland ab und verlässt sich dabei auf das Versprechen der NATO. Damit wird eine militärisch neutrale Zone zwischen dem NATO-Bündnis und der damaligen Sowjetunion geschaffen.</p>
<p>Bis 2009 werden 11 Länder in Ost-Europa in die NATO aufgenommen, darunter ehemalige Sowjetrepubliken.</p> <p>Mit der Ukraine, aber auch mit Georgien und Moldawien, werden 2013 Assoziierungsabkommen angestrebt, deren Bestandteil die militärische Zusammenarbeit mit den EU-Ländern (sprich mit der NATO) ist. Die ukrainische Opposition wird mit ausländischem Kapital gefördert. Der künftige Premier Jazenjuk ist Vorsitzender der Stiftung „Open Ukraine“, die u.a. von Großbritannien finanziert wird. Die Abteilungsleiterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland berichtet im Dezember 2013, dass seit 1991 5 Mrd. Dollar in die „Opposition“ in der Ukraine geflossen sind. (Vorzugsweise an Oligarchen wie Jazenjuk und Poroschenko.)</p>	<p>Die Sowjetunion löst sich auf, Russland erkennt die Souveränität ehemaliger Sowjetrepubliken an.</p> <p>Ein Sonderfall ist Tschetschenien, das wirtschaftlich bis zu 80 Prozent von russischen Zuwendungen abhängig ist. Dennoch kämpfen Rebellen um die Unabhängigkeit von Russland. Dabei haben selbst die USA die tschetschenischen Rebellen als islamistische Terroristen eingestuft.</p> <p>Mit den postsowjetischen Republiken in Europa unterhält Russland intensive Wirtschaftsbeziehungen.</p> <p>Auf der Krim befindet sich, durch einen Pachtvertrag mit der Ukraine geregelt, der russische Militärstützpunkt für die Schwarzmeerflotte.</p>
<p>2013 Die EU lehnt Gespräche mit Russland ab, das als traditioneller Wirtschaftspartner der Ukraine dem Assoziierungsabkommen skeptisch gegenüber steht. Die Volksbewegung des Euro-Maidan bekommt in den europäischen Medien starken politischen Rückhalt. Prominente Akteure wie Vitali Klitschko werden von den EU-Ländern protegiert.</p> <p>Der ukrainische Präsident Janukowitsch spricht sich gegen das Assoziierungsabkommen aus, weil auch er das bisherige Verhältnis zu Russland gefährdet sieht. Eine geplante Unterzeichnung</p>	<p>Die Bevölkerung auf der Krim und in der Ost-Ukraine fürchten große Nachteile durch ein Assoziierungsabkommen mit der EU, weil es die bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland erheblich beeinträchtigen würde. Russisch soll als Amtssprache abgeschafft werden.</p>

<p>im November 2013 kommt nicht zustande. Die Bevölkerung in Kiew reagiert mit massiven Protesten. Die Euro-Maidan-Bewegung wächst rasch, es kommt zu Gewaltszenen zwischen Demonstranten und Polizei.</p> <p>Führende Politiker in den USA beratschlagen, wen sie gern in einer neuen Kiewer Führung hätten. Beweis dafür ist das berühmt gewordene abgehörte Telefonat von Victoria Nuland am 2. Februar 2014, bei dem auch ihr Ausspruch „Fuck the EU“ fiel, weil sie ihren Favoriten Jazeniuk dem europäischen Favoriten Vitali Klitschko vorziehen wollte.</p>	<p>Während der Unruhen in Kiew verlegt die russische Regierung Truppen auf die Krim. Nach Russlands Angaben überschreitet die Erhöhung der Truppenkontingente nicht die maximale Truppenstärke, die im Pachtvertrag mit der Ukraine festgehalten ist.</p>
<p>18. Februar 2014: Schüsse auf dem Maidan. Bis heute wurde NICHT geklärt,</p> <p>Ohne stichhaltige Beweise beschuldigen die ukrainische Opposition und die Medien des Westens die Regierung von Janukowitsch bzw. Geheimagenten Russlands, die Demonstranten auf dem Maidan erschossen zu haben. Ein Putsch entmachtet Janukowitsch, der nach Russland flieht. Die Putsch-Regierung vom 23. Februar wird von westlichen Regierungen sofort anerkannt.</p> <p>Barack Obama sagt knapp eine Jahr später in einem CNN-Interview im Januar 2015, dieser Putsch sei ein „Deal der USA“ gewesen. http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2015/02/01/pres-obama-on-fareed-zakaria-gps-cnn-exclusive/</p>	<p>Etwa hundert Menschen sterben. wer geschossen hat!</p> <p>16. März 2014. Auf der Krim findet ein Referendum statt, mit dem sich ca. 90 % der Krim-Bevölkerung für einen Anschluss an Russland aussprechen. Damit würde auch der Stützpunkt der Schwarzmeerflotte fortan auf russischem Boden sein.</p> <p>Am Tag des Referendums verlassen die russischen Marine-Soldaten ihre Kasernen, um die Wähler vor eventuellen Störversuchen der ukrainischen Armee zu schützen. Diese Verletzung des Pachtvertrages mit der Ukraine wird als russischer Einmarsch auf der Krim bzw. als Annexion bezeichnet. Es kam nicht ein einziger Mensch zu Schaden.</p>
<p>Der Westen verurteilt den „russischen Einmarsch“ auf der Krim und verhängt erste Wirtschaftssanktionen. Das Assoziierungsabkommen mit der EU wird bereits am 21. März 2014 unterzeichnet.</p> <p>Am 15. April 2014 wird der geheime Besuch von CIA-Chef Brennan beim ukrainischen Geheimdienst in Kiew von russischen Journalisten aufgedeckt.</p>	<p>Im Osten der Ukraine bildet sich der Anti-Maidan. Wochenlang finden im Donbass weitgehend friedliche Proteste gegen den Kurs der neuen Kiewer Regierung statt. So wie in Kiew von Maidan- Aktivisten werden u.a. in Donezk und in Odessa Gewerkschaftshäuser und Verwaltungsgebäude von Anti-Maidan-Aktivisten besetzt.</p>
<p>In Kiew verstärkt sich die Verbreitung von anti-russischer Propaganda. So wird unter anderem zum Boykott russischer Unternehmen und Geschäfte aufgerufen. (Quelle „Faces of Ukraine“) Überreste der sowjetischen Vergangenheit werden überall im Land gewaltsam zerstört, russische Fahnen öffentlich verbrannt. Der nationalistische Gruß: „Ruhm der Ukraine – Ruhm den Helden“ verbreitet sich</p>	<p>Am 2. Mai 2014 werden friedliche Demonstranten in Odessa angeblich zum Schutz vor Hooligans in das Gewerkschaftshaus von Odessa getrieben. Das Gebäude wird angezündet und mindestens 100 Menschen verbrennen, bevor die nahegelegene Feuerwehr zum Einsatz kommt. (Angaben lt. Bericht eines Überlebenden des Massakers)</p>

<p>überall. Mitglieder der Putsch-Regierung, wie etwa Arsenji Jazeniuk, bekennen sich offen zu nationalsozialistischen, antirussischen Positionen und Vereinigungen.</p> <p>In westlichen Medien wird über den 2. Mai 2014 in Odessa die Version verbreitet, die Anti-Maidan-Demonstranten hätten durch unsachgemäßes Handeln den Brand selbst gelegt, die Todeszahl wird auf 48 Opfer etwa halbiert.</p>	<p>Einige Augenzeugen und Überlebende befinden sich noch immer in Haft.</p> <p>Im Osten der Ukraine bilden sich bewaffnete Volksmilizen.</p> <p>Sie erklären, dass sie die Bevölkerung vor dem Kiewer Regime schützen und für eine autonome Republik Donezk-Luhansk kämpfen wollen.</p>
<p>Kiew erklärt die Volksmilizen im Donbass zu Terroristen und beginnt mit seinen Behauptungen, die russische Armee wäre in die Ost-Ukraine einmarschiert, bzw. würde sich am militarisierten ost-ukrainischen Widerstand beteiligen.</p> <p>Diese Behauptungen vom „Einmarsch der russischen Armee in der Ost-Ukraine“ werden in den westlichen Medien insbesondere in den USA permanent wiederholt.</p> <p>Immer wieder werden fragwürdige Satelliten-Bilder vorgelegt, um die Existenz russischer Truppen im Donbass zu beweisen.</p> <p>Der offizielle Einmarsch russischer Truppen, den die Medien ständig suggerieren, kann nie bewiesen werden.</p> <p>Führende Medien, wie der Stern, müssen zugeben, dass eine Verbindung zwischen den Rebellen und dem Kreml nicht nachgewiesen werden kann.</p>	<p>April / Mai 2014 Die ersten Panzer der ukrainischen Armee rollen im Donbass ein. In manchen Orten kommen Zivilisten zusammen und versuchen diese Panzer mit bloßen Händen und lautstarken Argumenten aufzuhalten und so einen ukrainischen Brudermord zu verhindern.</p> <p>http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-kiews-armee-trifft-auf-widerstand-in-der-ostukraine-a-964781.html</p>
<p>Bereits im April 2014 findet das erste NATO-Manöver in der Ukraine statt. Im Mai 2014 winkt der Zoll des Hamburger Hafens Waffenlieferungen aus den USA in die Ukraine durch. (Meldung im Hamburger Abendblatt 12.2.2015)</p>	<p>Immer mehr Männer und auch Frauen im Donbass (Ost-Ukraine) greifen zu den Waffen, um sich gegen das Vordringen der ukrainischen Armee zu verteidigen.</p>
<p>Die ukrainische Armee schickt mehr und mehr Panzer in den Donbass. Eine Generalmobilmachung wurde bereits im März 2014 ausgerufen. Die Todesstrafe für Deserteure wird eingeführt.</p> <p>Verstärkt werden die ukrainischen Soldaten vom Asow-Batallion, einem Heer von Freiwilligen, das sich offen zur Nazi-Ideologie und der Propaganda vom russischen Untermenschen bekennt.</p> <p>Ukrainische und westliche Medien verbreiten über die „Terroristen im Osten“ heftige Gräueltgeschichten.</p>	<p>Die Krise nähert sich einem Bürgerkrieg, der zumeist in Bodengefechten ausgeübt wird. Zivilisten sterben. Wohnhäuser werden zerstört.</p> <p>Den Volksmilizen wird die Festnahme von OSZE-Mitarbeitern vorgeworfen. Eine falsche Behauptung, die erst Monate später in aller Stille dementiert wird.</p>

<p>Am 25. Mai 2014 wird Petro Poroschenko zum Präsidenten gewählt. (Ganz so, wie sich Victoria Nuland das im Februar 2014 vorgestellt hat.) Poroschenko ist nicht nur Schokoladenfabrikant sondern auch erfolgreicher Waffenhändler. Sein Wahlversprechen war eine friedliche Lösung für die Ukraine. Kaum ist er im Amt, befiehlt er im Juni 2014 Luftangriffe auf Ziele im Donbass.</p> <p>Der Sohn des US-Amerikanischen Vize-Präsidenten, Hunter Biden, wird zur selben Zeit Mitglied im Verwaltungsrat des größten ukrainischen Gas-Konzerns.</p>	<p>11. Mai 2014. In der Ost-Ukraine organisieren die Volksmilizen ein Referendum, in dem die Bevölkerung entscheiden soll, ob sie künftig in einer eigenständigen Volksrepublik leben will. Im Ergebnis könnten Verhandlungen zwischen Kiew und einer gewählten Volksvertretung geführt werden.</p> <p>Die Wähler stimmen mit einer überwiegenden Mehrheit dafür. Von Kiew, den westlichen Staaten und den USA wird das Referendum jedoch als illegal geächtet. Es besteht der Vorwurf, die sogenannten „prorussischen Separatisten“ sowie der russische Präsident Putin hätten die Bevölkerung zu diesem Wahlergebnis gezwungen.</p>
<p>Die NATO-Manöver im Krisenland Ukraine gehen unvermindert weiter.</p> <p>Trotz drohender Todesstrafe desertieren immer mehr wehrpflichtige Ukrainer, mehr als die Hälfte davon nach Russland.</p>	<p>Tausende von Zivilisten werden ab Juni 2014 Opfer der Bombardierungen aus Kiew. Neben dem Donezker Flughafen fallen auch Schulen und Krankenhäuser den Angriffen zum Opfer. Immer mehr Menschen fliehen aus der Ost-Ukraine. Bis Ende 2014 schätzt man die Zahl der Flüchtlinge auf eine Million.</p>
<p>Sommer 2014 Ukrainische Mütter verbrennen öffentlich die Einberufungsbefehle für ihre Söhne und verurteilen den Krieg als „Brudermord“.</p> <p>Die USA schicken Militärberater nach Kiew.</p> <p>Die Behauptung, in der Ukraine seien ca. 400 Academi (früher Blackwater-) Soldaten aus den USA eingesetzt, geht durch die Medien, wird dann dementiert, und im Januar 2015 erneut von westlichen Leitmedien bestätigt.</p>	<p>Inzwischen schließen sich auch internationale Freiwillige der „Donezker Volkswehr“ an. Im Internet kursieren Videos von Freiwilligen aus Spanien, Italien, Griechenland, selbst amerikanische Freiwillige beteiligen sich am Widerstand gegen die ukrainische Armee, die sie als Handlanger des US-Imperialismus ansehen.</p> <p>Es ist stark anzunehmen, dass sich auch zahlreiche Freiwillige aus Russland an diesem Kampf beteiligen. Ob dies immer freiwillig geschieht, ist eine offene Frage. Eine offizielle Beteiligung Russlands bleibt nach wie vor aus.</p>
<p>Massive Medienkampagnen gegen Präsident Putin bzw. sogenannte historische Analysen über Russland versuchen das Bild zu verbreiten, Russland strebe nach der Weltmacht und wolle Krieg. Zum Beweis werden immer wieder russische Militärparaden angeführt.</p> <p>Die Tatsache, dass die russische Gesellschaft im zweiten Weltkrieg fast 30 Millionen Menschen verloren und vermutlich sehr große Angst vor einem neuen Krieg hat, wird völlig aus dieser Diskussion verbannt.</p>	<p><u>Die ständige Forderung des Westens, Putin soll seine Truppen aus der Ukraine zurück beordern, kann von der russischen Regierung nicht erfüllt werden.</u></p> <p><u>Offiziell hat es einen Einmarsch solcher Truppen nie gegeben.</u></p> <p><u>Diplomatisch ist diese Forderung also Unsinn, politisch sichert sie aber die Aufrechterhaltung der Sanktionen und damit die Schwächung Russlands.</u></p>
<p>Eine neue Sanktionswelle der EU wird nach dem Abschuss der MH17 über Russland verhängt.</p>	<p>17. Juli 2014. Das malaysische Passagierflugzeug MH17 wird über das Kriegsgebiet in der Ost-Ukraine geleitet und dort abgeschossen. Sofort herrscht in den westlichen Medien Einigkeit,</p>

<p>EU-Politiker, darunter Frank Walter Steinmeier treiben diplomatische Lösungen voran. Etwa die Entsendung von OSZE-Gruppen und das Zustandekommen von Gesprächen. Poroschenko weigert sich, die gewählten Vertreter der Donezker Republik als Gesprächspartner anzuerkennen und wird von den USA massiv darin unterstützt.</p>	<p>dass nur Präsident Putin dahinter stecken kann. Russland werden mehrfach militärische Grenzerletzungen im Luftraum vorgeworfen, alle Vorwürfe bleiben umstritten. Später verdichtet sich die These, nach der die MH17 mit größter Wahrscheinlichkeit von einem ukrainischen Kampfjet abgeschossen wurde. (Quelle: http://www.globalresearch.ca/how-the-malaysian-airlines-mh17-boeing-was-shot-down-examination-of-the-wreckage/5435094)</p>
<p>Oktober 2014 Bei der Kabinettsbildung der Kiewer Regierung halten drei ausländische Politiker des Westens Einzug. Darunter die US-Amerikanerin Natalie Jaresko, ehemals beim IWF tätig, die nun ukrainische Finanzministerin ist.</p>	<p>Präsident Putin spricht sich für eine Anerkennung des Donezker Referendums aus, strebt nach Verhandlungen mit der EU und fordert diplomatische Lösungen in der Ukraine. Im September 2014 kommt es zum Verhandlungsergebnis von Minsk I und einer vorläufigen Waffenruhe.</p>
<p>November 2014. Poroschenko stoppt alle staatlichen Leistungen im Donbass. (Darunter Rentenzahlungen, Gelder für Schulen und Krankenhäuser) Gleichzeitig werden weiter Schulen und Krankenhäuser bombardiert. Im Internet kursiert sein Zitat: „...Unsere Kinder werden in Schulen gehen, ihre Kinder werden in Kellern hocken und hungern.So werden wir sie besiegen.“ Trotz allem versichern westliche Politiker der Kiewer Regierung beharrlich ihre „Solidarität“.</p>	<p>Die Waffenruhe-Vereinbarungen für den Donbass werden von beiden Seiten gebrochen.</p> <p>Im Oktober 2014 hält Präsident Putin eine Rede in Valdai, in der er die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich macht. Gleichzeitig ist diese Rede ein eindringlicher Appell an die westliche Staatengemeinschaft, die gegenwärtigen Krisen auf der Welt diplomatisch und gemeinsam zu lösen. Während sich die Medien über die Vorwürfe gegen die USA empören, wird der diplomatische Appell kaum wiedergegeben.</p>
<p>Die ukrainische Regierung erhält von der EU Kredite von über 10 Mrd. Euro (bis April 2015) Damit verbunden sind massive Sparprogramme, die unter anderem die Kürzung der ohnehin geringen Sozialleistungen in der Ukraine beinhalten.</p>	<p>Ab September 2014 werden russische Hilfskonvois in die umkämpften Gebiete geschickt. Unter dem Verdacht, dass sie Kriegsgerät enthalten könnten, kommt es immer wieder zu einem Stopp der dringend benötigten Lieferungen, die von der ukrainischen Armee aufgehalten werden.</p> <p>Minsk I ist gescheitert, im Donbass wird weiter gekämpft und bombardiert. Die Volksmilizen erzielen militärische Erfolge gegenüber einer ukrainischen Armee, die sich nach mehreren Berichten in einem schlechten moralischen Zustand befindet und trotz zahlenmäßiger Überlegenheit geringe Siegeschancen hat.</p>
<p>Anfang Februar 2015 kommt es zur zweiten Minsker Verhandlungsrunde. Minsk II legt das schrittweise Erreichen einer Waffenruhe fest. Zum selben Zeitpunkt verkündet Ursula von der</p>	<p>Nach Minsk II kommt es zu einem sehr wackeligen Frieden in der Ost-Ukraine. Immer wieder wird der Waffenstillstand gebrochen. Selbst westliche Medien müssen zugeben, dass der Bruch eher von der ukrainischen Armee</p>

<p>Leyen die Etablierung einer NATO-„Speerspitze“ im Osten. Tausende junge, deutsche Soldaten sollen schrittweise für eine „schnelle Eingreiftruppe“ nach Osteuropa entsandt werden.</p>	<p>ausgeht.</p> <p>Die Bevölkerung im Donbass hofft, dass mit Minsk II der Krieg vorbei ist und beginnt zaghaft, die zerstörten Gebäude wieder aufzubauen.</p>
<p>Großbritannien schickt sogenannte „Militärberater“ in die Ukraine. Petro Poroschenko verhandelt mit den USA über offizielle Waffenlieferungen. Die USA sichert der Ukraine einen Milliardenkredit zu.</p> <p>Im März 2015 rollt der US-amerikanische Militärkonvoi „Dragoon-Ride“ so nah wie möglich an Russlands Grenzen entlang. Diese Machtdemonstration des US-Militärs wird selbst von ehemaligen NATO-Generälen verurteilt.</p>	<p>Am 27. Februar 2015 wird der Oppositionelle Boris Nemzow in Moskau vor dem Kreml erschossen. Sofort hält die westliche Welt Putin für den Drahtzieher des Mordes, was jedoch entkräftet werden kann.</p> <p>Ein europäisches Außenministertreffen in Riga im März 2015 sucht eine Einigung zwischen der Ukraine und Russland, scheitert aber am harten Kurs der USA.</p>
<p>April 2015 Vitali Klitschko, der sich öffentlich mit bekennenden Neonazis in der Ukraine fotografieren lässt, erhält in Deutschland den Adenauer-Preis für sein Engagement für Demokratie und Frieden.</p> <p>Die USA entsenden mehrere hundert „Militärberater“ in die Ukraine und beliefern die Ukraine mit Kriegsgerät.</p>	<p>Der Krieg im Donbass ist inzwischen wieder in vollem Gange. Er kostete bisher offiziell (lt. Spiegel) mindestens 6.000 zivile Todesopfer und 30.000 gefallene Soldaten. Die Dunkelziffer kann weitaus höher liegen. Beobachter schätzen ein, dass der Bruch zwischen West- und Ost-Ukraine nicht mehr zu schließen ist. Eine andere Lösung als ein autonomer Status für die Region scheint nicht mehr denkbar. Mit einer Anerkennung des Referendums vom Mai 2014 wäre man zum selben Ergebnis gekommen. Etwa 40.000 Menschen könnten dann noch leben.</p>
<p>In Kiew gehen wieder Maidan-Demonstranten auf die Straße. Sie protestieren gegen die erneute Macht der Oligarchen sowie gegen die massiven Sozialkürzungen bzw. und fordern ein Ende des Krieges in der Ukraine. Tausende Arbeiter haben Monate lang keine Löhne erhalten. Von diesen Demonstrationen berichten die westlichen Medien so gut wie gar nicht.</p> <p>Die USA „verurteilen“ Russland noch immer für sein „aggressives Verhalten“ und kündigen weitere militärische Unterstützung für Kiew an.</p>	<p>Trotz der inzwischen offiziellen Präsenz des US-amerikanischen Militärs in der Ukraine reagiert die russische Regierung ihrerseits NICHT damit, die Volksmilizen im Donbass offiziell militärisch zu unterstützen, sondern beschränkt sich auf eine imposante Militärparade zum 70. Jahrestages des Sieges über Hitlerdeutschland.</p> <p>Russland und China schließen sich zusammen und verkünden eine Änderung ihrer Militärdoktrin. Sie werben für ein globales Sicherheitshandeln ohne militärische Blockbildung.</p>
<p>Die USA geben jährlich über 600 Mrd. Dollar für ihre „Verteidigung“ aus und unterhalten weltweit knapp 1.000 ausländische Militärbasen. Zusammen mit den anderen NATO-Ländern beansprucht das Militärbündnis einen Verteidigungsetat von 1.000 Mrd. also einer Billion Dollar.</p>	<p>Russland hat einen Verteidigungsetat von etwa 80 Mrd. Dollar. Es unterhält 3 Militärbasen in ehemaligen Sowjetrepubliken und nutzt einen Marinestützpunkt in Syrien.</p>

Bis auf die wenigen Quellenhinweise zu einzelnen Informationen wurden alle Angaben von Leitmedien wie Spiegel oder Tagesschau.de übernommen. Die Info-Strategen dieser Medien verlassen sich offensichtlich auf das Kurzzeitgedächtnis ihrer Leser, bzw. vermitteln wenig Fakten mit sehr viel spekulativem Drumherum, so dass ein Gesamtbild entstehen konnte, das nach meiner Ansicht der Faktenlage völlig widerspricht. (Autorin: Katrin McClean)